

Dr. András ZSOMÁR
Sekretariatsleiter
Nationalrat der Produktionsgenossenschaften
/Ungarn, Budapest/

INTERESSENVERHÄLTNISSE, INTERESSENVERTRETUNG, INTERE-
SSENVERGLEICH IN DEN LANDWIRTSCHAFTLICHEN PRODUKTIONS-
GENOSSENSCHAFTEN

Eine der zentralen Fragen der Beurteilung des genossen-
schaftlichen Charakters ist die der Mitgliedschaftsinter-
essenvertretung.

Die Genossenschaftspolitik hat diese Frage am Anfang auf
die Genossenschaftsinternen Funktionen, auf das Funk-
tionieren der internen Selbstverwaltungsorgane beschränkt.
Die Hauptfrage bildeten also die internen oder externen
genossenschaftlichen Foren für den Vergleich der Diskussi-
onen der Mitgliedschaft, vom Gesichtspunkt der indivi-
duellen Interessenvertretung aus. Deshalb wurde schon
von Anfang an festgesetzt, dass die rechtlichen Streit-
angelegenheiten innerhalb der Genossenschaft, auf dem
Forum des genossenschaftlichen Entscheidungsausschusses
geregelt werden müssen, und nur dann dürfen sie vor ein
externes, gerichtliches Organ unterbreitet werden. So
wurde einerseits die Eingriffsmöglichkeit in die Einzel-
angelegenheiten von der staatlichen Organisation abge-
sondert, zugleich hat sich aber diese Aufgabe auch bei
der Vertretung nicht betont formuliert.
Der politische Inhalt des Mitgliedschaftsinteressen-
schutzes wird nicht durch die Selbstverwaltungsforen

der Streitangelegenheiten der Mitgliedschaft dargestellt, sondern durch die Arbeitnehmer-, Mitbesitzer-, bzw. die gesellschaftspolitische und rechtliche Vertretung des Genossenschaftsmitglieds als Individuum /der gleichzeitig Eigentümer ist/.

Die Genossenschaftspolitik war konsequent, wenn sie die interne Selbstverwaltung der Genossenschaft als primäre Foren des Interessenschutzes bezeichnete, aber es handelte sich nicht darum den Mitgliedschaftsinteressenschutz auf der Ebene des Überbaus, also auf der der territorialen und Landesinteressenvertretung zur Geltung zu bringen.

Die Funktionene gewerkschaftlichen Charakters, die institutionellen Kanäle der Verteidigung der mit der Arbeitnehmer- und Werkstättenrechtslage koexistierenden Rechte haben sich auf Föderationsebene noch nicht so konsequent herausgebildet, wie die Formen innerhalb der Genossenschaft. So ist die regelmässige Aussere, dem Kollektivvertrag ähnliche Überprüfung der Ferienbetreuung, des Arbeitsschutzes, der Wohlstands- und Sozialplanung, der internen Regelungen in der Bewegung hinter den Erwartungen der Mitgliedschaft zurückgeblieben.

Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der Werkstätten, die vom Lohn und Gehalt leben, ist entsprechend individual orientiert, während die Foren der genossenschaftlichen Selbstverwaltung zusehr kollektivenorientiert sind, mit Berücksichtigung der Eigentümerstandpunkte der Wirtschaftskollektiven.

Die kollektive und individuelle Interessenvertretung werden als gemeinsame Erfordernis formuliert. Man bedarf aber einer besseren Organisiertheit und Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Organen der Bewegung.

Das Wesen des Interessenvertretungsorgans ist die Interessenvertretung, der Interessenvergleich. Das Wesen des Interessenvertretungsorgans ist nichts anderes, als Vertretungstätigkeit, die die Interessen einer bestimmten Klasse, Schicht, Gruppen der Gesellschaft vor anderen Organen aufdeckt.

Die wichtigste Frage der Interessenvertretung ist die Frage danach, wer der Subjekt dieser Tätigkeit ist. Wessen Interessen werden durch das gegebene Organ vertreten? Bei der Herausbildung der Interessenvertretung der LPG-en 1967 handelte es sich um die Interessenvertretung der Genossenschaften als Kollektiven. Die Genossenschaften bestehen aus einer bestimmten Zahl von Mitgliedern, aber ihre Interessenvertretung wurde trotzdem nicht zur Aufgabe der Interessenvertretungsorgane gemacht. Es fehlte auch ihre direkte Abfassung in den Satzungen und Gesetzen. Die Interessen der Genossenschaftsmitgliedschaft wurden am Anfang nicht direkt, sondern durch die kollektiven Interessen der Genossenschaften vertreten. Wenn es sich um ein Mitgliedsinteresse handelte, erschien es als kollektives Interesse, bzw. wurde es so vertreten.

Die Interessen der Mitgliedschaft konnten und mussten also innerhalb der Genossenschaft, durch die Organe der

genossenschaftlichen Selbstverwaltung vertreten werden.

Die Ausschüsse der Genossenschaften sind der Vorstand, die Abgeordnetenversammlung und die partielle Versammlung. Die Foren der Generalversammlung bildeten die Rahmen, durch die die Möglichkeit zur individuellen Interessenvertretung besteht. Die Interessenvertretung der Mitgliedschaft wurde durch das erste Produktionsgenossenschaftsgesetz nicht geregelt, es betrachtete für selbstverständlich, dass die Interessenkonflikte der Mitgliedschaft in den Rahmen der genossenschaftlichen Selbstverwaltung restlos aufgehen. So wurde auch in der Kodifikation nicht für notwendig gehalten, sich mit der direkten Vertretung der Mitgliedschaftsinteressen zu beschäftigen.

Auch die Vertretung der von den Genossenschaften hervorgerufenen sog. Genossenschaftssoziationen wurde im ersten Produktionsgenossenschaftsgesetz geregelt, obwohl diese nicht natürliche, sondern rechtliche Personen waren und im wesentlichen als sekundäre Genossenschaftsformen von der Theorie und der Praxis betrachtet wurden.

Die Begründung des Gesetzes hielt es für notwendig auszusagen, dass man der Teilnahme der Assoziationen in der territorialen Föderationsarbeit nicht bedarf, diese beteiligen sich nämlich - laut Hypothese der gesetzlichen Begründung - in der Arbeit der Föderation durch die sie unterhaltenden Genossenschaften.

Am Anfang hat sich die direkte Interessenvertretung der Assoziationen und der Mitglieder nicht einmal als ein Anspruch formuliert. Der II. Kongress der LPG-en drängte schon darauf, und der dritte hat die Vertretung der individuellen Interessen der Mitglieder und der Interessen der ausschliesslich mit genossenschaftlicher Teilnahme funktionierenden genossenschaftlichen Assoziationen eindeutig zur Pflicht gemacht.

Die Regelung in der Rechtsregel und den Satzungen hat infolge der Modifikation vom Jahre 1977 die gesetzlichen und rechtlichen Möglichkeiten zur Erweiterung des Kreises der Interessenvertretungssubjekte geschaffen.

Das Ziel der Interessenvertretung richtet sich immer nach denen der Vereinigungen, und das bedeutet im wesentlichen die Garantierung des materiellen, sozialen, kulturellen Wohlstandes der Mitgliedschaft, die Organisation ihrer gesellschaftlichen und politischen Erhebung mit allen gesetzlichen Mitteln.

Das Ziel der Interessenvertretung ist also von den Zielen und Aufgaben der Genossenschaft nicht zu trennen. Der Umfang der Interessenvertretung ist breiter als die Gesamtheit der Rechte der Mitgliedschaft, denn die Geltendmachung der rechtlich nicht geregelten und so nicht verteidigten garantierten Interessen gehört mit dazu. Das Zielminimum der Interessenvertretung ist die Geltendmachung der auch rechtlich geregelten Interessen / der Rechte und Verpflichtungen der Mitgliedschaft/.

Die Hauptgebiete der Interessenvertretung richten sich nach dem doppelten Charakter der Genossenschaften, sie sind gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Typs. Die Interessenvertretungsorgane richten heute schon die Vertretung der Interessen der Genossenschaftsmitgliedschaft /der Assoziationen/ auch nach der Rechtsregelung aus. Die Vertretung der Interessen ist im Falle der Genossenschaften und der Assoziationen kollektiv, denn es handelt sich hier um Kollektiven. Die Vertretung der Mitgliedschaft kann dagegen sowohl kollektiv, als auch individuell sein.

Die Interessenvertretungsorgane vertreten i.a., und am häufigsten, /auf Landes- und territorialer Ebene/ die kollektiven Interessen der Mitglieder.

Die individuelle Interessenvertretung kommt auf Landesebene im Rahmen des Beschwerdeverfahrens, der Leitung des Rechtshilfedienstes und in der individuellen Sachbearbeitung der persönlichen Angelegenheiten /altersverünstigende Pensionierung/ zur Geltung. Die territorialen Assoziationen verwalten im Rahmen der Organisation des genossenschaftlichen, den persönlichen Interessenschutz befördernden Rechtshilfedienstes eine Interessen- und Rechtsvertretung. Die Interessenvertretungsorgane führen also den individuellen Interessenschutz der Mitgliedschaft auf dem Wege des externen und internen Vergleichs der kollektiven Interessen und der Schichtvertretung, bzw. der Mitwirkung im Rechtshilfedienst und in den Beschwerdeangelegenheiten.

Ein wesentliches Element der Interessenvertretung ist der Vergleich der vertretenen Interessen mit denen der Gesellschaft. Das Ziel der Interessenvertretung ist die Unterstützung der Geltendmachung, der Harmonie der Interessen der sozialen Gruppen und der Individuen. Die Geltendmachung der Interessenübereinstimmung, die im Notfall erzwungen wird, gehört in die Rechtssphäre der staatlichen Organe. Die Interessenvertretungsorgane können also ihre Arbeit mit gesellschaftlichen, politischen Mitteln der Bewegung organisieren, die der Zwangs- und Sanktionselemente entbehrt.

Das Endziel des Vergleichs ist die Herstellung von Interessenübereinstimmung, oder die konfliktlose oder mit der mindesten Interessenverletzung ablaufende Lösung der Aufgabe. Der Interessenvergleich ist ein zusammengesetzter Prozess, denn während dessen ist es nicht immer eindeutig, was das Interesse der Gesellschaft ist, das sich der Priorität erfreut. Die Feststellung des im Namen der Partei und der Regierung beitragenden Ministers ist dafür charakteristisch, denn sie lautete: "die Vereinigung von Ackerbau-, Ernährungs-, Forstwirtschafts- und Feldmessungsämtern ist begründet." Wir erwarten vom Ministerium, dass die Wirtschaftlichkeit sich auf seinem Wirkungsgebiet verbessern wird, denn es hat sich bei der bisherigen Zerstückeltheit der Führung für sehr schwierig oder in nicht wenigen Fällen für undurchführbar erwiesen die zentralen staatlichen Interessen gegenüber den oft einseitigen, betrieblichen Interessen der Fachministerien zu klären und geltend zu machen.

Die Gründung der territorialen Produktionsgenossenschafts-assoziationen und die Ausbreitung ihrer Interessenvertretungstätigkeit - die zu erwarten ist - erfordern, dass die staatlichen Interessen zu jeder Zeit in erforderlicher Weise geklärt, zusammenfassbar und durchsetzbar seien.

Eine grundsätzliche Pflicht der Interessenvertretungsorgane ist die offene Kontrastierung und der Schutz der Interessen. Die Interessen der Genossenschaften oder der Genossenschaftsmitglieder können anscheinend nur Gruppen- bzw. individuelle Interessen sein. Die Interessenvertretungsorgane sind manchmal deshalb bestrebt, die durch sie vertretenen Interessen als gesellschaftliche darzustellen um sie leichter geltendmachen zu können. Dasselbe tun auch andere Organisationen, wenn sie ihre Ministerium-, Zweig-, Unternehmensinteressen usw. als gesellschaftliche garzustellen versuchen. Auf Grund der konkreten Machtverhältnisse kann manchmal auch die Geltendmachung von Zweig-, Gruppen-, sogar der individuellen Interessen mit Bezugnahme auf die gesellschaftlichen Interessen vor sich gehen. Die Gruppen-, bzw. die individuellen und gesellschaftlichen Interessen, bzw. ihr Charakter wird nicht durch seine eingenommene Stellung in der Hierarchie der gegebenen Organisation bestimmt.

Im Laufe des Interessenvergleichs werden die unterschiedlichen Interessen i.a. vor den Parteiorganen von verschiedenen Ebenen im breitesten Umfang dargeboten, und die Partei macht die gesellschaftlichen Interessen geltend.

Die Partei muss vor allem eine Klarsicht über die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen Prozesse und ihre Interessenzusammenhänge haben um ihre Interessenvergleichsaufgabe mit Erfolg realisieren zu können. Dies wird dadurch erschwert, dass die Bewegung der Interessen wegen den vorherhin erwähnten Gründen nicht eindeutig ist. Es ist notwendig, dass die verschiedenen Organisationen ihre Tätigkeit ihren Funktionen entsprechend entfalten. Man kann also von den Interessenvertretungsorganen nicht erwarten, dass sie nur die staatliche oder gesellschaftliche Interessen widerspiegelnden Verordnungen und nicht die durch sie vertretenen Interessen geltendmachen. Es ist ebenfalls falsch, wenn die verschiedenen Ministerien statt der Geltendmachung des volkswirtschaftlichen Interesses in der Vertretung der Interessen derjenigen Ämte auftreten, die unter ihrer Aufsicht stehen und eine von der sektorialen oder Zweigsangehörigkeit abhängige Unterscheidung geltend machen.

Diese, im Prinzip diskriminierende und disfunktionale Tendenz der Tätigkeit der staatlichen Organe erschwert die Darbietung der wahrhaften Interessen, ihre offene Kontrastierung und die Geltendmachung der gesellschaftlichen Interessen. Die Interessenvertretungsorgane vermitteln neben der Interessenvermittlung und dem Vergleich natürlich die verglichenen kollektiven oder die mit den gesellschaftlichen Interessen übereinstimmenden Gruppeninteressen. Die sog. Transmissionstätigkeit richtet sich also nicht nur nach oben - und sie entfaltet sich nicht nur vor externen Organen -, sondern auch nach

innen, sie beeinflusst das Verhalten innerhalb der Genossenschaft. Die Transmission, die Vertretung und der Vergleich gesellschaftlicher, kollektiver Interessen, verläuft mit Interessenvertretungsmethoden, denn Interessenvertretungsorgane sind nicht sanktioniert und sie sind nicht berechtigt für die Genossenschaften und ihre Mitglieder pflichtige Beschlüsse zu fassen. Es ist also im Laufe des Interessenvergleichs möglich, dass in einem gegebenen Fall die Geltendmachung der als individuell erscheinenden Interessen zugleich die Geltendmachung eines gesellschaftlichen Interesses bedeutet. z.B. wenn eine gegebene Arbeitskollektive die für sie nicht bezahlte Überstundenlohn rückgängig geltend macht, dann kann dies die Genossenschaft als Gruppe in eine ungünstige Lage versetzen, da man deshalb eine grosse Summe von Einkommenszuwachssteuer bezahlen muss. Es ist offensichtlich, dass in solchen Fällen die Interessen der engeren Führung und der Kollektiven der Genossenschaft sich entgegensetzen, und ihre Lösung nur gemäss des Inhalts der Rechtsregel möglich ist. Die Einwirkung der Interessenvertretungsorgane innerhalb der Bewegung kann also einen Gegensatz zu den individuellen, genossenschaftlichen Interessen bilden.

Die gesellschaftlichen Interessen beinhalten i.a. die Rechtsregeln, also den Arbeitern kommt das Überstundenlohn unter bestimmten Voraussetzungen auch dann zu, wenn deshalb die Genossenschaft als Kollektive zu fondsdefektiv oder verlustreich wird.

Die Geltendmachung der konkreten individuellen Interessen kann also mit der Verletzung der Gruppeninteressen verbunden sein, ihr Erfolg bedeutet doch den der gesellschaftlichen Interessen.

Während langer Zeit bedeutete die Unterscheidung der Genossenschaftsmitglieder vom Gesichtspunkt des Rentenalters einen dauerhaften Interessenkonflikt. Parallel zu der Belastungsfähigkeit der Volkswirtschaft ist diejenige Rechtsregelung entstanden, die diese Frage gelöst hat, so hat also die Initiative der Interessenvertretung /Beschluss des II.-en Kongresses/ dazu beigetragen, dass das Problem nicht in der ursprünglich vorgesehenen Zeit, sondern schon am Ende des fünften Fünfjahresplanes gelöst werden kann.

Auch in unseren Tagen können neuere Widersprüche, Unterschiede zwischen den verschiedenen Schichten der Gesellschaft entstehen. Diese erscheinen dann am meisten verletzend, wenn sie sich offen manifestieren, also nicht nur in der rechtlichen, sondern auch in der volkswirtschaftlichen Regelung widerspiegeln. z.B. Unterschiede in den Kreditvoraussetzungen bei der Wohnungsbauunterstützung der Werktätigen, Preisstützung des Fleisches, Mutterbeihilfe usw. Eine wichtige Aufgabe der Interessenvertretung ist der Kampf für die Abschaffung dieser.